

Atomwirtschaft

Aufforderung an europäische Regionen, sich der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ anzuschließen

Am 18. September 2018 fand in Linz das dritte Treffen der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ statt. Auf Einladung und Initiative von Oberösterreichs Landesrat für Klimaschutz Rudi Anschober wurden Möglichkeiten diskutiert, den europäischen Atomausstieg endlich voranzutreiben. Diese Allianz ist von Bedeutung, weil sie Einfluss auf die EU-Kommission und nationale Regierungen und Parlamente nehmen kann. Die Allianz der Regionen ist auch notwendig, weil die europäischen Regierungen bisher keinen Weg gefunden haben, einen europäischen Atomausstieg politisch einzuleiten.

Nicht einmal das Atomausstiegsland Deutschland hat es bisher geschafft, eine europäische Initiative für den europaweiten Atomausstieg zu initiieren. Dabei wird auch Deutschland durch einen möglichen Super-GAU von Atomreaktoren in Europa massiv bedroht. Die Reaktoren Tihange (Belgien), Fessenheim (Frankreich), Beznau (Schweiz), Te-

melín (Tschechien) stehen wie viele weitere Atomkraftwerke nahe der deutschen Grenze, sind oft uralt, marode und unsicher und bedrohen damit auch die nationale Sicherheit.

Der Allianz der Regionen sind seit ihrer Gründung im Jahr 2016 bereits 15 Regionen aus Deutschland, Belgien und Österreich beigetreten: Baden-Württemberg, Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Oberösterreich, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen (dies sind die Gründerregionen), sowie Kärnten, Tirol, Salzburg, Steiermark, Burgenland, Niederösterreich und Vorarlberg. Ziel ist, die Mitgliederzahl der Regionen weiter zu erhöhen, damit die Allianz mit stärkerem Gewicht in Brüssel und den nationalen Regierungen auftreten kann.

Auf der Konferenz wurde besprochen, wie die sich europaweit anbahnenden Laufzeitverlängerungen von alten und maroden Atomkraftwerken in Europa verhindert werden können. Dafür werde ein EU-Beschluss benötigt, der eine

maximale Laufzeit von 40 Jahren vorsieht statt andauernden Laufzeitverlängerungen, erklärt Hans-Josef Fell, EEG-Mitautor, Präsident der Energy Watch Group und bis 2013 grüner Bundestagsabgeordneter.

Ein weiterer Schwerpunkt der Allianz ist das Fundament der europäischen Atomförderung EURATOM endlich abzuschaffen. Dazu wird eine Vertragsstaatenkonferenz mit dem Ziel angestrebt, die Fördertatbestände von EURATOM in Betrieb und Forschung für die Atomkraft zu beenden und nur noch Sicherheit, Non-Proliferation, Atommüllentsorgung und den sicheren Abbau der Atomreaktoren zu regeln.

Die österreichischen Medien (z.B. das ORF) haben über das Treffen berichtet:

<https://tvthek.orf.at/profile/Oberoesterreich-heute/70016/Oberoesterreich-heute/13989408/Atomkraft-weltweit-auf-dem-Rueckzug/14366323>

Kontakt zur Allianz kann über Antiatom.Post@ooe.gv.at aufgenommen werden. ●

Atomwirtschaft

Aktivitäten von Atomkonzernen

Die deutsche Bundesregierung hat klargestellt, dass sie unge-

achtet des beschlossenen Atomausstiegs ihren internationalen Einfluss in der Branche wahren will. In ihrer Antwort (19/4665) auf eine Kleine Anfrage (19/3938) der Bundestagsfraktion Die Linke erklärte sie, der Erhalt des mit der Brennelementefertigung verbundenen Wissens in Fragen der kerntechnischen Sicherheit, der Entsorgung und des Brennstoffkreislaufs sei Voraussetzung dafür, dass Deutschland seinen Einfluss in internationalen nuklearen Gremien und damit unter anderem bei der Formulierung internationaler Standards in diesen Bereichen wahrt. Eigene Expertise sei auch für Gespräche mit Nachbarländern wichtig, die weiterhin auf Atomenergie setzen. Zugleich betont die Regierung, ihr sei daran gelegen, eine globale Energiewende zugunsten der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen voranzutreiben.

Anlass zur Anfrage der Fraktion Die Linke waren Aktivitäten des französischen Konzerns EDF/Framatome an deutschen Standorten. Das Unternehmen unterhält unter anderem Werke zur Brennelementefertigung. Es habe keine Verhandlungen gegeben, diese Aktivitäten in Deutschland zu beenden, erklärt die Bundesregierung dazu. Es gebe auch kein Enddatum für die Brennelementeproduktion am Standort Lingen. ●

Atommüll / Umweltradioaktivität

Schmelzende Gletscher in Novaya Zemlya enthalten Radionuklide von Atombombentests

Die Radionuklide aus den Atombombenexplosionen, die lange Zeit in den Gletschern des Archipels eingeschlossen waren, sind dabei, in die Kara- und Barentsmeere zu gelangen.

Eine russische wissenschaftliche Expedition nach Novaya Zemlya hat „große Radioaktivitätskonzentrationen“ im Eis

der Gletscher gefunden, die mit Rekordgeschwindigkeit ins Meer schmelzen. Das berichtete Thomas Nilsen im Inde-

pendent Barents Observer vom 10. Oktober 2018.

Eigentliches Hauptziel der russischen Forscher war zu untersuchen, ob Hunderte von Containern mit radioaktivem Abfall in der Karasee undicht sind oder nicht.

Die Forscher an Bord des Schiffes Akademik Keldysh haben die Karasee und die Buchten entlang der Ostküste von Nowaja Semlja vom 17. August bis 20. September 2018 bereist und festgestellt, dass die Container zwar weiter

überwacht werden müssten, es aber vorläufig keine Hinweise auf Leckagen gebe. Vor allem ein Binnenschiff, das in 400 Metern Wassertiefe liegt und mit radioaktiven Abfallbehältern beladen ist, erfordere besondere Aufmerksamkeit in der Zukunft. Unterwasseraufnahmen zeigen demnach, dass die Barkasse zerstört ist, einige Container herausgefallen sind und auf dem Meeresboden verteilt sind, berichtete die russische Nachrichtenagentur TASS Thomas Nilsen zufolge.